



Rede von

Dierk A. Timm

**auf dem Nominierungsparteitag
für die Bundestagswahl 2016
im Wahlkreis 91**

**am 5. November 2016
in der Mehrzweckhalle Neu-Bottenbroich,
Habelrather Str. 5 – Buchenweg in Kerpen**

www.rhein-erft-spd.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,

viele in der Rhein-Erft SPD waren in den letzten Wochen auf den Straßen und Plätzen hier im Kreis unterwegs um mit den Bürgerinnen und Bürgern über das Thema "Wohnen" zu sprechen. Ich auch. Wir haben unsere Materialien aufgebaut und unsere Bodenpläne ausgerollt und sind mit den Menschen schnell über die aktuellen Probleme ins Gespräch gekommen.

Mir hat eine ältere Dame gesagt: "EINE Mieterhöhung kann ich noch verkraften, aber wenn dann noch eine kommt, muss ich ausziehen." Und ein Auszubildender hat mir berichtet, dass er gerne bei seinen Eltern ausziehen würde, aber keine eigene, bezahlbare Wohnung findet.

Wir haben es gut hier in Hürth, Bedburg, Pulheim oder Kerpen: Wir leben in unmittelbarer Nähe zu einer attraktiven Metropole - mit einem zur Zeit erfolgreichen Fussballclub. Auch die Wirtschaft wächst und damit der Wunsch vieler Menschen, hier ins Rheinland zu ziehen.

Wir haben aber auch ein Problem: Uns gehen die Wohnungen aus. Auch die Wohnungen für die Mittelschicht. Wenn in Frechen ein Krankenpfleger eine Polizistin heiratet und sich beide Kinder wünschen, wird es eng – in der alten Wohnung räumlich, in der neuen finanziell. Die Mieten sind in den vergangenen Jahren rasant gestiegen, die Löhne sind es nicht. Eine 4-Zimmer-Wohnung mit einer akzeptablen Miete ist weder in Pulheim noch in Kerpen für die junge Familie zu bekommen. Und dann wird auch noch saniert. Das ist gut für die Energiewende, aber es ist schlecht für die ältere Dame oder den Azubi, von denen ich eben berichtet habe. Am Ende legt der Vermieter die Sanierungskosten auf sie um und treibt somit die Mietkosten nach oben.

Obwohl wir es alle für eine himmelschreiende Ungerechtigkeit halten, dass Menschen nach Jahrzehnten ihre Nachbarschaft, ja vielleicht ihre Stadt verlassen müssen, weil sie sich die Miete nicht mehr leisten können oder keine altengerechte Wohnung bekommen, wir können es nicht sofort ändern.

Der Rhein-Erft-Kreis wird in den nächsten 15 Jahren -glaubt man den Landesstatistikern- rasant wachsen. So schnell wie kein anderer Kreis in NRW. Um 8,3%. Und das sind 37.000 Menschen - eine Stadt wie Wesseling.

Wir müssen es wieder schaffen, mehr Wohnungen zu bauen. Und nicht nur hier mal ein 4 und dort ein 8-Familien-Haus. Wir sollten bei allen größeren Neubaugebieten vorschreiben, dass ein Viertel der Wohnungen sozial gefördert werden muss. Wir müssen mit unseren kommunalen Wohnungsbaugesellschaften, die wir haben oder die wir auch neu gründen können, 1.000 zusätzliche Wohnungen in die soziale Förderung aufnehmen. Und lasst mich hier mit einem Vorurteil aufräumen: Sozialer

Wohnungsbau ist nur was für die "Asis", nein, über 50% der Bevölkerung haben Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein und damit eine öffentlich geförderte Wohnung. Also nichts für Randgruppen, sondern für die breite Masse. Landesbauminister Mike Groschek hat die Landesmittel massiv aufgestockt. Auch im Kreistag haben wir ein Förderprogramm für den Rhein-Erft-Kreis vorgeschlagen. All das reicht aber nicht. Es ist einfach zu wenig. Was wir brauchen, ist ein Wohnungsbauprogramm des Bundes. Milliarden schwer. Jahrelang.

Die SPD - Bundesbauministerin hat das erkannt und sie hat gehandelt. Nun steigen die Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau. Das ist gut. Die Kommunen brauchen dieses Geld und sie brauchen es schnell und unkompliziert. Mit der neuen Offensive im geförderten Wohnungsbau und der Mietpreisbremse hat die SPD den richtigen Weg eingeschlagen. Aber was Jahrzehnte lang vernachlässigt wurde, Politik für sozialen Wohnungsbau und die Mittelschicht, lässt sich nicht in wenigen Jahren beheben. Vor allem wenn der Koalitionspartner mehr auf seine schwarzen Nullen blickt, als darauf, was die Menschen brauchen.

Wer heute kein Zuhause findet, dem hilft morgen auch kein Haushaltsüberschuss in Berlin.

Die ältere Dame oder der Azubi am SPD-Stand verabschiedeten sich von mir, ohne mir übel zu nehmen, dass ich ihnen nicht konkret helfen kann. Sie machte mir keine Vorwürfe. Sie hatte es nicht anders erwartet. Trotzdem ist sie gekommen, zu mir, dem Politiker, um mir von ihren Sorgen zu erzählen.

Andere kommen nicht mehr. Sie erwarten nichts mehr von der Politik. Sie glauben, wir wüssten, wie es ihnen geht und es sei uns egal und deshalb machten wir nichts für sie. Die Wahrheit liegt dazwischen: Ich weiß von der Wohnungsnot, es ist mir nicht egal und ich tue, was ich kann. Aber es reicht eben nicht. Das aber macht nicht nur mich wütend, sondern immer mehr Menschen. Sie verabschiedeten sich von einer Politik, die ihnen keine Hoffnung geben kann, die ihr Leben nicht mehr unterstützt.

Seit Jahren wird gespart – an Löhnen, an Städten, an Menschen. Ein Fünftel der Kinder in der Republik lebt in Armut oder ist von Armut bedroht. Und Kinderarmut heißt, das wisst ihr, Kinderarmut ist Elternarmut.

In vielen Schulen lernen die Kinder etwas über Baustoffkunde, ganz ohne Lehrplan, einfach weil die Baustoffe von der Decke rieseln. Freibäder, Bibliotheken, Straßen, Brücken – sparst du in der Zeit, dann hast du in der Not. Zwar keine Brücken und Freibäder mehr und auch keine glücklichen Kinder, aber dafür eine schwarze Null.

Diese schwarzen Nullen oder die schwarze Null, Mehrzahl oder Einzahl, dass müsst ihr selber entscheiden, ist aber kein Grund zum Feiern. Sie ist die Bankrotterklärung des Staates. Sie ist der Grund für die europaweite Demokratiekrisis. Warum? Wir wissen, wir bräuchten ein Wohnungsbauprogramm, noch viel schneller und größer,

als das jetzt beschlossene, nur das Geld fehlt uns. Wir wissen, wir müssten gegen Armut und für mehr soziale Gerechtigkeit kämpfen, nur das Geld fehlt uns. Wir wissen, die Straßen, Schienen und Schulen sind marode und die Kommunen chronisch unterfinanziert, aber das Geld fehlt uns oder der Markt will es nicht oder der demografische Wandel oder die Globalisierung oder die Europäische Union oder der Wettbewerb mit China oder die politische Weltlage oder der Ölpreis oder ... oder ... oder.

Wir müssen wieder den Mut haben, Entscheidungen zu treffen. Es liegt nicht am Geld. Es ist genug Geld vorhanden, Milliarden um Rettungsschirme für Banken zu spannen. . Die einfachen Leute, die Mittelschicht hingegen wird im Regen stehen gelassen.

Die Menschen erwarten von der Politik, dass der Staat sie dort verteidigt, wo sie es alleine nicht können. Sie erwarten, dass er dort Probleme löst, wo der Einzelne scheitern muss. Wenn die Politik diese Probleme aber nicht anpackt und löst, dann wenden sich die Menschen jenen zu, die vorgaukeln, handeln zu können. Und je einfacher ihre Rezepte klingen, desto besser. Aber das ist nicht die Lösung der Probleme!

In den Kommunen, im Land, im Bund stauen sich unzählige Investitionen. Und da fallen mit hier für den Rhein-Erft-Kreis eine Menge ein: Wir brauchen die S-Bahn nach Bergheim und Bedburg, wir brauchen neue Radwege und Straßen, wir brauchen endlich schnelles Internet und wir brauchen auch endlich eine Perspektive für den Strukturwandel in der Region. Wir müssen hier neue Arbeitsplätze schaffen und dafür brauchen wir starke Investitionen in die Infrastruktur und die Bildung.

Und hat sich schon mal einer gefragt, wie wir als Wachstumsregion, wenn tausende Menschen neu in der Rhein-Erft-Kreis ziehen, wie wir das mit der derzeitigen Infrastruktur schaffen sollen. Es platzt doch jetzt schon aus allen Nähten. Ob auf dem Bahnsteig in Kerpen-Sindorf oder bei den KiTa-Plätzen in Elsdorf oder der OGS in Pulheim.

Investitionen sind dringend notwendig. Sie werden aber nicht umgesetzt. Niemand findet das gut, aber keiner tut etwas dagegen. "Warum nicht?", fragen die Menschen zu Recht und wenden sich jenen zu, die behaupten, sie könnten etwas tun.

Von der SPD, von uns allen, erwarten die Menschen, dass sie sich den Widrigkeiten der Welt entgegenwirft, gegen die der Einzelne nichts ausrichten kann. Sie erwarten, dass die SPD im Zweifel immer auf ihrer Seite steht. Wenn Kinder von Armut bedroht sind, darf kein Koalitionsvertrag unterschrieben werden, der diesen Kindern nicht hilft. Sofort. Mit Milliarden. Wir können es uns nicht leisten, Kinder zurückzulassen – nicht moralisch, aber wer in solchen Kategorien Gutmenschentum wittert, dem sei gesagt: auch nicht ökonomisch. Wenn die Mittelschicht schrumpft, wenn die soziale Ungerechtigkeit zunimmt, darf kein Koalitionsvertrag unterschrieben werden.

Wir müssen fragen, was der Staat leisten soll, was uns wichtig ist. Erst danach müssen wir uns überlegen, wie – und nicht ob – wir das finanzieren können. Heute fangen wir Diskussionen meist beim Geld an und weil es daran stets mangelt, beenden wir sie dort auch gleich wieder. Führen wir die Diskussion andersherum, fragen wir uns, was uns wichtig ist und verhandeln dann, ob wir dafür etwas anderes entbehren können (Ausgaben kürzen-Rüstung), bereit sind, mehr Steuern zu zahlen (Einnahmen erhöhen-Erbschaftsteuer-Gerechte Steuern für die Microsofts, Googles oder Starbucks dieser Welt) oder der schwarzen Null ihren Heiligenstatus absprechen (Investitionen tätigen).

Ich will der älteren Dame und dem Azubi und der jungen Familie sagen, dass die SPD keinen Koalitionsvertrag mehr unterschreibt, in dem nicht das Programm steht, das ihr ihre Wohnung sichert. Ich will ihnen sagen, dass die SPD keinen Koalitionsvertrag mehr unterschreiben wird mit einem Partner, der lieber auf die Einhaltung schwarzer Nullen schaut, als auf die Entwicklung im Land.

Die Menschen wollen eine SPD, die wieder eine gerechte Politik macht. Eine SPD, die sich einsetzt für gerechte Löhne und gleiche Bezahlung. Für Renten, die Altersarmut verhindern, bezahlbares Wohnen, bestausgestattete Schulen, schnelle S-Bahnen und schnelles Internet, ein gerechtes Gesundheitswesen, in dem alle die beste Behandlung und Pflege und den schnellsten Termin bekommen, egal, welches Logo auf ihrer Versicherungskarte prangt – und für handlungsfähige Kommunen, die die Aufgaben der Zukunft angehen können. Und wenn der Koalitionspartner sagt, das ginge nicht, wenn die Volkswirte sagen, das koste zu viel, dann sagen wir ihnen: Wenn es eine Partei gibt, die das alles schaffen kann, dann doch die SPD. Das hat die SPD in 153 Jahren bewiesen.

Dafür lasst uns gemeinsam kämpfen. Mit Martin Schulz in führender Rolle und mir als eurem sozialdemokratischen Bundestagskandidaten! Glück auf.

* * *